

Editorial – Kurswechsel für ein gutes Leben?

Georg Feigl

Nach sechs Jahren „muddling through“ ist der Misserfolg der europäischen Krisenlösungsstrategie, die vorrangig auf Austerität, Arbeitsmarktflexibilisierung, weitere Exportorientierung außerhalb der EU und Umverteilung nach oben setzt, offensichtlich. Das im Vertrag von Lissabon formulierte Versprechen einer „nachhaltigen Entwicklung Europas“, die auf „Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt“, wirkt zunehmend unglaubwürdig. Die über 25 Millionen Arbeitslosen und 125 Millionen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen – jeweils um einige Millionen mehr als vor der Krise – lassen die realen Verschlechterung deutlich zu Tage treten. Gleichzeitig bleiben drängende Umweltprobleme, wie insbesondere der Klimawandel, nach wie vor ungelöst.

Weniger klar ist jedoch der Weg zu geeigneten Alternativen: Wie können soziale und ökologische Probleme gemeinsam gelöst werden? Ist lediglich ein höheres Wirtschaftswachstum notwendig, um die derzeitigen Probleme zu lösen? Ließe es sich überhaupt wieder erreichen? Oder braucht es eine radikale Wende, um ein besseres Leben für alle zu ermöglichen? Diese Fragen waren Ausgangspunkt für eine Serie von vier Veranstaltungen unter dem Titel dieser Ausgabe des Kurswechsels, die im vergangenen Jahr von AK Wien und Grüner Bildungswerkstatt* in Kooperation mit dem BEIGEWUM, der zivilgesellschaftlichen Allianz, „Wege aus der Krise“, ATTAC, der Katholischen ArbeitnehmerInnen-Bewegung, dem Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik und der Initiative „Europa geht anders“ organisiert wurde. Die gemeinsame Basis bildete die Suche nach einem überzeugenden sozial-ökologischen Transformationsprojekt in Europa, das auf ein möglichst gutes Leben für möglichst viele Menschen abzielt. Nicht die Aneinanderreihung der altbekannten „keynesianischen“ und „wachstumskritischen“ Positionen, sondern eine produktive Synthese der Interpretation der europäischen Krise aus einer ökologischen und einer sozialen Perspektive sollte erreicht werden.

Neben der unmittelbaren Finanz- und Wirtschaftskrise bzw. der multiplen Krise (Brand 2009) knüpft diese Debatte auch an die ins Wanken geratenen Grenzziehungen zwischen dem Zentrum und der (Semi-)Peripherie der Weltwirtschaft an. Letztere wurde bereits in der Ausgabe 3/2013 des Journals für Entwicklungspolitik thematisiert: Während sich Teile Europas „brasilianisierten“ (im Sinne der Herausbildung politischer Strategien, die ungleiche Entwicklungsdynamiken innerhalb eines Territoriums zur Folge haben), sei umgekehrt ein Stück weit eine „Ent-Brasilianisierung“ Lateinamerikas zu beobachten (Novy 2013). Dieser ökonomisch-politische Machtverlust Europas eröffne zwar Perspektiven für die Peripherie, doch für Europa selbst bedeute das eine Verschärfung der internen Auseinandersetzungen, die unter neoliberalen Bedingungen zu einer Abwälzung der Verluste auf die Schwächeren führt.

Die Diskussionsreihe schloss auch an die Aktivitäten zur Neudefinition von Wohlstand und sozialen Fortschritt an, die insbesondere durch die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission angestoßen wurden. Beauftragt wurde sie bereits vor dem Beginn der Wirtschafts- und

* Ihr gilt besonderer Dank für die Unterstützung dieser Kurswechsel-Ausgabe.

Finanzkrise vom konservativen französischen Staatspräsident Nikolas Sarkozy mit der Begründung, dass immer offensichtlicher Zufriedenheit und Lebensqualität bzw. ökonomischer und sozialer Fortschritt nicht mehr mit Wirtschaftswachstum gleichzusetzen sind (Stiglitz et al. 2009: 7). Zumindest implizit war dieser Zusammenhang jedoch das Fundament des europäischen Integrationsprojektes spätestens seit der Veröffentlichung des Weißbuchs für „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung“ durch die – damals noch vom Sozialdemokraten Jacques Delors geführte – EU-Kommission 1993. Dass dieses Fundament brüchig wird und Wirtschaftswachstum als Selbstzweck gesellschaftlich hinterfragt wird, ist für einen europäischen Kurswechsel in Richtung eines guten Lebens für alle förderlich. Gleichzeitig ist es jedoch bezeichnend, dass das Momentum der diesbezüglichen „beyond GDP“-Initiative der EU-Kommission (2009) schon kurz nach ihrem Start wieder verschwunden war, und auch die mit hohen Zielen angetretene Enquete-Kommission des deutschen Bundestages wenig Fortschritt erzielen konnte (Brand et al. 2013).

Welcher Weg führt zu einem Kurswechsel in Europa?

Weder der Misserfolg der europäischen Krisenlösungsstrategie, noch die vorsichtig positiv einzuschätzenden Fortschritte in Lateinamerika und auch nicht das neuere Wohlfahrts- und Fortschrittsverständnis konnten einen Kurswechsel in Europa anstoßen. Nach wie vor dominiert eine auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete Sachzwang-Politik, die gesellschaftliche Ansprüche nach einem besseren Leben der Vielen hintanstellt. Dabei wäre angesichts eines Intra-EU-Anteils an der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nach europäischen Gütern und Dienstleistungen von 88 % (basierend auf Daten aus der AMECO-Datenbank der EU-Kommission) selbst aus einer rein wirtschaftspolitischen Perspektive eine Ausrichtung auf hohe Sozial- und Umweltstandards naheliegender als eine globale Konkurrenzorientierung. Die Frage nach dem Weg zum Kurswechsel in Europa bleibt jedenfalls offen. Diese Leitfrage bildete den roten Faden der Veranstaltungsreihe – und auch für die folgenden Beiträge in dieser Ausgabe des Kurswechsels.

Ulrich Brand widmet sich in seinem Beitrag den Erfolgsbedingungen für einen Kurswechsel, den er als „sozial-ökologische Transformation“ bezeichnet. Es ginge zunächst darum, Allianzen zu schmieden, die aus konkreten sozial-ökologischen Konflikten heraus Bearbeitungsangebote in Form von konkreten Einstiegsprojekten formulieren können. Der erste Schritt wäre der in der Krise vorherrschenden Sachzwang-Politik, die an den Verhältnissen möglichst wenig rüttelt und somit vor allem den VermögensbesitzerInnen zugutekommt, eine Absage zu erteilen. Dabei ist nicht nur die Verteilungsfrage zu stellen, sondern auch die Machtfrage, also wer in welcher Art und Weise gesellschaftliche (Re)Produktion gestalten kann. Nicht die Auseinandersetzung pro und kontra (mehr) Wachstum ist der Kern einer linken Wohlstandspolitik, sondern die Gestaltung ökologisch verträglicher Produktion mit dem Ziel des guten Lebens.

Stephan Schulmeister beleuchtet in seinem Artikel die historische Bedingung des großen Transformationsprojektes als Antwort auf die Große Depression der 1930er-Jahre, dem US-amerikanischen „New Deal“. Dieser könne auch als Gegenteil der aktuell praktizierten europäischen Krisenlösungsstrategie gesehen werden, eben weil er einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik einleitete. Als Eckpunkte konstatiert Schulmeister die Bekämpfung der Mutlosigkeit und Verzweiflung auf der „sozial-psychologischen Seite“, zweitens eine strikte Regulierung der Finanzmärkte, und drittens die Schaffung von Jobs sowie die Bekämpfung der Deflation. Auch weil eine Theorie

erst von Keynes Jahre später nachgereicht wurde, entsprach der New Deal anfänglich weniger einem kohärenten Gesamtpaket als einer Sammlung von Einstiegsprojekten, die im und durch Konflikt geformt und umgesetzt wurden. Die strukturelle Transformation entfaltete sich erst in einer zweiten Phase ab 1935 durch die Entwicklung bzw. Stärkung sozialstaatlicher und -partnerschaftlicher Institutionen. Abschließend versucht Schulmeister aus der historischen Erfahrung Einstiegsprojekte für das heutige Europa zu formulieren.

Einer der Hauptorganisatoren der Veranstaltungsreihe, **Andreas Novy**, versucht anschließend an Brand eine Synthese in den Kontroversen zwischen Öko- und Sozialmilieus zu finden, die sich zumindest in der Krisenüberwindungsstrategie oft an der Kritik am Wirtschaftswachstum entzünden. Er greift den nicht nachhaltigen Lebensstil in Europa auf, sucht aber nach Möglichkeiten, wie die für ihn unausweichliche umfassende „Transformation“ von Waren-, Kapital- und Staatsform entlang der Leitlinie des guten Lebens für alle aktiv gestaltet werden kann. Novy identifiziert die kapitalistische Konkurrenz als Triebkraft des Wachstums und somit auch als Ansatzpunkt für ein ökosoziales Transformationsprojekt. Einen wichtigen Ansatzpunkt bildet zudem methodisch ähnlich wie bereits bei Brand eine Verbindung aus Problemanalyse, der Formulierung konkreter Utopie und Einstiegsunkte zu ihrer schrittweisen Umsetzung. Inhaltlich sei die kollektive Bereitstellung ökosozialer Infrastruktur prioritär, da sie eine Verbesserung der Lebensqualität ohne Ausweitung des Massenkonsums ermöglicht. Für Europa sieht Novy die Chance als Avantgarde neuer Formen von Urbanität, Mobilität und Energieversorgung, auch wenn das unter den gegebenen Rahmenbedingungen schwer vorstellbar erscheint.

Die Analyse des zweiten Initiators der Veranstaltungsreihe, **Markus Marterbauer**, vertieft die Frage nach den geeigneten Elementen einer emanzipatorischen Sozial- und Wirtschaftspolitik in Europa. Über die auch schon von Novy in den Mittelpunkt gerückte ökosoziale Infrastruktur – insbesondere soziale Dienstleistungen – hinaus plädiert er für eine mittelfristig Strategie, die die Verkürzung – und damit Umverteilung – der Erwerbsarbeitszeit ebenso wie eine deutlich höhere Besteuerung von Vermögen umfasst. Mit diesen Maßnahmen ließe sich eine emanzipatorische Perspektive auch unter den Rahmenbedingungen schwachen Wirtschaftswachstums forcieren. Kurzfristig müsse der Abbau der Massenarbeitslosigkeit in Europa als größte Herausforderung im Zentrum stehen, der durch einen Stopp der Ausgaben- und Lohnkürzungen gefolgt von expansiven Impulsen gelingen könne. Notwendige kurz- wie mittelfristige politische Vorbedingungen für den Erfolg eines emanzipatorischen Projekts wäre eine Kombination aus wiedererwecktem wohlfahrtsstaatlichen Elan auf nationaler Ebene mit europäischer Kooperation von ArbeitnehmerInnen-, Sozial- und Umweltbewegungen.

Diese Kombination war eine zentrale Komponente der Antikrisen-Strategie der IG Metall, die als eine der wichtigsten Europäischen Teilgewerkschaften die Kampagne „Kurswechsel für ein gutes Leben“ lancierte. **Martin Allespach**, langjähriger Leiter des Grundsatzreferats, war an der Kampagnenausarbeitung federführend beteiligt und beschreibt, welche Überlegungen diese Initiative getragen haben. Nicht nur die kurzfristige Beschäftigungssicherung, sondern bspw. die langfristige Stabilisierung der Nachfrage, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts oder die ökologische Nachhaltigkeit seien gleichzeitig das Ziel gewesen. Er definiert vier exemplarische Politikfelder, wo eine umfassendere europaweite Strategie für ein gutes Leben ansetzen sollte: Aufwertung der Arbeit, demokratische Beteiligung der Beschäftigten, aktive Industriepolitik für qualitatives Wachstum und der Kampf um einen europäischen Sozialstaat.

Adelheid Biesecker plädiert in ihrem Beitrag für eine umfassendere Perspektive, die

über die Erwerbsarbeit hinausreicht. Anknüpfend an den von Amartya Sen und Martha Nussbaum entwickelten Verwirklichungschancen-Ansatz zur Definition eines „guten Leben“ hält sie fest, dass nicht nur Armut, Arbeitslosigkeit und zerstörte ökologische Natur die Fähigkeit zur eigenen Gestaltung des Lebens einschränken, sondern auch ganz wesentlich das Ausmaß – größtenteils von Frauen geleisteter – unbezahlter Arbeit. Dass ein gutes Leben „nicht nur nicht für alle“, sondern zunehmend auch nur mehr für einen „immer kleineren Kreis“ gelinge, sei in allen vier Dimensionen feststellbar. Diese Entwicklung sei dem Konzept moderner kapitalistischer Ökonomien innewohnend: Indem Armut, Arbeitslosigkeit, unbezahlte Arbeit und zerstörte Natur von der Marktökonomie getrennt würden, müssten diese Kosten im Konkurrenzkampf externalisiert werden. Gutes Leben beruhe demgegenüber auf dem „Ganzen der Arbeit“. Der systemischen Krise des Reproduktiven sei deshalb das Konzept eines „vorsorgenden Wirtschaftens“ mit dem Herzstück des „vorsorgenden Arbeitens“ entgegenzustellen.

Den Abschluss bildet ein Essay von **Barbara Blaha**. Darin reflektiert sie zum einen die Rolle der Intellektuellen in der Gesellschaftsordnung, in der wir leben, und zum anderen was der Beitrag der Intellektuellen zu einem Kurswechsel für das gute Leben sein kann. Ausgangspunkt bildet die These, die Krise räume gerade mit der in den Wirtschaftswunderjahren gefestigten Illusion eines domestizierbaren Kapitalismus, der für alle Vorteile brächte, gründlich auf. Ein solcher sei nicht weniger utopisch als eine tatsächliche Wirtschaftsdemokratie. Parallel zur Entzauberung des Kapitalismus komme aktuell die Idee einer in der Mittelschicht zentrierten Gesellschaft abhanden. Diesen Verlust gelte es zu verhindern, jedoch nicht zu Lasten der Umwelt. Umweltgedanke und soziale Gerechtigkeit seien nicht als Gegensätze zu sehen, sondern als wechselseitige Bedingungsgrundlage. Hinsichtlich der Intellektuellen sieht Blaha ihre Aufgabe im Aufzeigen von Handlungsspielräumen, dem Schaffen von Entscheidungsgrundlagen und dem Einsatz für die demokratische Entscheidungsmöglichkeit aller anstelle einer ausschließenden Politik von ExpertInnen und Intellektuellen.

Der Debattenteil beschäftigt sich schließlich mit dem TTIP, dem immer weitere Kreise ziehenden Transatlantischen Freihandels- und Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und den USA. **Werner Raza** setzt sich kritisch mit den verbreiteten Schätzungen der – selbst gemäß TTIP-BefürworterInnen ohnehin nur relativ bescheidenen – wirtschaftlichen Effekte des Abkommens auseinander und stellt diese in Kontrast zu den Gefährdungen von öffentlichen Interessen, die von den aktuellen Verhandlungen ausgehen. **Pia Eberhardt** von der Lobbying-kritischen NGO Corporate Europe Observatory (CEO) nimmt wiederum die Debatte über die besonders umstrittenen Investitionsschutzbestimmungen auf und geht Perspektiven des Widerstands nach.

Literatur

- Brand, Ulrich/Pühl, Katharina/Thimmel, Stefan (Hrsg. 2013) Wohlstand – wie anders? <http://www.rosalux.de/publication/39525/wohlstand-wie-anders.html>.
- Brand, Ulrich (2009) Die Multiple Krise, Berlin: Heinrich Böll Stiftung.
- Europäische Kommission (2009) GDP and beyond – Measuring progress in a changing world, COM (2009) 433 final, Brüssel.
- Novy, Andreas (2013) Quo Vadis, Europa? – Von der Peripherie lernen. In: Journal für Entwicklungspolitik 3/2013, 4-8. http://www.mattersburgerkreis.at/grafik/JEP-3-2013_01_editorial.pdf.
- Stiglitz, Joseph/Sen, Amartya/Fitoussi, Jean-Paul (2009) Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. <http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/en/index.htm>.